

Kein Klimaschutz mehr in NRW? Oder die alten Kleider des neuen Königs

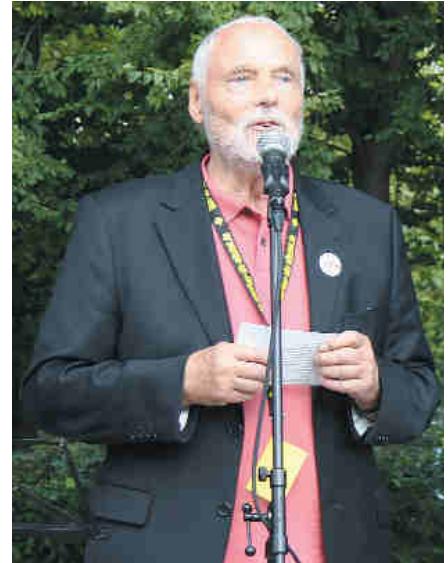
Ein Kommentar von Karl A. Faulenbach zur neuen Landespolitik von NRW

In der Regierungserklärung von Armin Laschet für die nächste Legislaturperiode betont er ausdrücklich das Ziel, in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Sozialpolitik und Digitalsierung in Deutschland wieder die Nr. 1 zu werden. Das gilt leider nicht für die Bereiche Umwelt- und Klimaschutz und die Entwicklungspolitik. Diese Themenfelder werden stattdessen der Forderung nach Entbürokratisierung unterworfen. Auf den ersten Blick macht sich das Stichwort „Entbürokratisierung“ als Vorgabe für Verwaltungen immer gut. Für die Zukunft unseres Landes muss man sich als verantwortlicher Bürger dann doch eher große Sorge machen, weil zentrale Politikfelder damit marginalisiert werden.

Für den Klimaschutz wird zwar das Pariser Abkommen von 2016 als verbindliche Vorgabe auch für NRW eingeräumt, für das politi-

sche Handeln scheint das allerdings keine Rolle mehr zu spielen:

- Wirtschaftswachstum wird als unabdingbar für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand des politischen Handels nicht einmal hinterfragt.
- Der Energiemix von NRW mit dem sehr hohen Braunkohlean teil und weiteren fossilen Brennstoffen soll vorrangig über den Markt geregelt und bis 2040 ohne Reduzierung weiter betrieben werden.
- Das Klimaschutzgesetz – das übrigens das erste in allen Bundesländern war – verschwindet im Papierkorb.
- Der Abstand neuer Windräder zur Bebauung wird wieder auf 1500 m ausgeweitet und bedeutet damit für gut 80 % aller bisher möglichen Standorte das Aus.
- Eine gerade für NRW notwendige Verkehrswende wird redu-



ziert auf digitale Vernetzung der verschiedenen Verkehrssysteme und einige Fahrradschnellwege.

- Positiv ist allerdings das Bemühen des Landes, durch die Mitfinanzierung von Elektro-



Ausstellung des Eine-Welt-Netzes im Maxipark „Deine Stadt kann fair“.

Foto: Dorothee Borowski

tanksäulen die Elektromobilität stärker zu unterstützen.

► Die Begriffe Nachhaltigkeit in Verbindung mit den neuen nachhaltigen Entwicklungszielen, qualitatives Wachstum und Kreislaufwirtschaft tauchen so gut wie nicht auf, weder in der Rede des Ministerpräsidenten noch in der Koalitionsvereinbarung vom 13.06.2017.

Das Dilemma dieser programmatisch gemeinten Rede des Ministerpräsidenten ist ein Mangel an Visionen und zukunftsweisen den Ideen für das Land NRW. Mit diesem Kleinmut wird die siebtgrößte Volkswirtschaft Europas nicht wieder zum führenden Bundesland in Deutschland werden.

Vergleichbares gilt auch für das Feld der internationalen Politik. Die Verflechtungen mit und Verpflichtungen für Europa werden zwar genannt, die globalen Beziehungen werden bis auf Bonn und Ghana nicht thematisiert. So wird zwar Bonn als internationale

Hauptstadt hervorgehoben und Ghana als Partnerland durchaus erwähnt, aber die negativen Handelsabkommen für die Länder des globalen Südens werden nicht infrage gestellt. Auch das Thema des fairen Handels und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit dem beispielhaften Promotorenmodell – inzwischen vom Bund und vielen Bundesländern übernommen – sowie die gute Zusammenarbeit mit den NGOs finden in der Rede von Armin Laschet keinen Niederschlag. Das ist deshalb erstaunlich, weil der damalige Familienminister Laschet (auch zuständig für die Internationale Politik) in der schwarzgelben Koalition von 2005 bis 2010 entscheidend dafür gekämpft hat, die Promotorenstellen nicht nur zu erhalten, sondern ihre Wirksamkeit durch eigene Richtlinien zu untermauern.

Als besonders gravierender Eingriff gilt für die Eine-Welt-Arbeit allerdings die Abschaffung des Tarifreugesetzes für die Beschaf-

fung im Öffentlichen Dienst. Denn damit geht die beispielhafte Vorreiterrolle für umweltfreundliche, soziale und faire Beschaffung für das Land und die Kommunen sowie andere Unternehmen und uns als Konsumenten verloren. Zur Begründung beruft sich die neue Koalition auf ihr Vorhaben zur Entbürokratisierung. Dabei ist dieses Gesetz gerade erst 2016 durch eine Novellierung deutlich entschlackt worden.

Man kann nur hoffen, dass dieser Ministerpräsident trotzdem Willens ist, die Sache der fairen Beschaffung durch eine entsprechende politische Vorgabe weiter zu unterstützen. Leider ist wohl zu befürchten, dass mit dieser Politik das Land eher im Mittelmaß stecken bleibt und keine Aufbruchsstimmung erzeugt wird, wie der Ministerpräsident sie angekündigt hat, um die grundlegenden Probleme unserer Zeit zu bewältigen.

40 Jahre Amnesty International in Hamm

Erhard Sudhaus

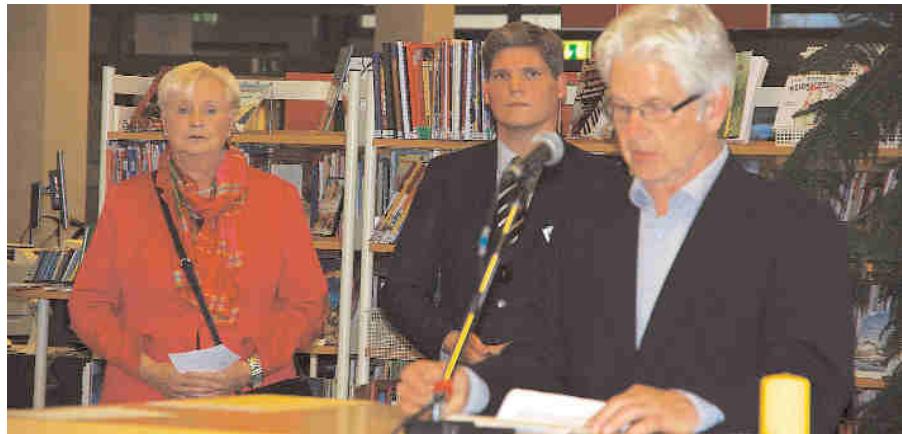
In vielen Ländern sind Menschen gefährdet, die sich für Freiheit engagieren und für Menschenrechte einsetzen. Sich für diese Menschen stark zu machen, war das Anliegen von Peter Benenson (UK, gest. 2005), der 1961 Amnesty gründete. Im gleichen Jahr wurde auch die Sektion in Deutschland durch Carola Stern und Gerd Ruge ins Leben gerufen. Amnesty International ist die weltweit größte Bewegung, die für die Menschenrechte eintritt. Amnesty ist unabhängig von Regierungen, Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen. Um diese Unabhängigkeit zu sichern, finanzieren wir unsere Menschenrechtsarbeit allein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Die große Stärke von Amnesty liegt im freiwilligen Engagement von mehr als sieben Millionen Mitgliedern und Unterstützern/-innen unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen in über 150 Ländern. Für

diesen Einsatz erhielt Amnesty 1977 den Friedensnobelpreis. In der Begründung hieß es, Amnesty zeichne sich durch eine klare Haltung aus: „Nein zu Gewalt, Folter und Terrorismus. Auf der anderen Seite ein Ja zur Verteidigung der Menschenwürde und Menschenrechte.“ Für diese Werte setzt sich Amnesty bis heute ein.

Amnesty Gruppe in Hamm – Ausstellung

Diese Auszeichnung war ein Signal, auch in Hamm eine Gruppe ins Leben zu rufen.

40 Jahre sind inzwischen vergangen, seit sich in Hamm Menschen fanden, die sich für die Menschenrechtsarbeit engagierten und hier vor Ort eine Amnesty-



Erhard Sudhaus eröffnet die Jubiläumsausstellung.

Foto: Amnesty Hamm